

Bundesverkehrsminister Wissing äußert sich zum umstrittenen A39-Ausbau

Bundesverkehrsminister Wissing stellt Pläne zur umstrittenen A39-Verbindung zwischen Lüneburg und Wolfsburg vor, trotz möglicher Klagen.

Die geplante Autobahnverbindung zwischen Lüneburg und Wolfsburg zieht nicht nur die Aufmerksamkeit von Politikern und Pendlern auf sich, sondern stößt auch auf heftige Widerstände von Umweltschützern. Diese Diskussion um die A39 verdeutlicht die unterschiedlichen Interessen innerhalb der betroffenen Regionen und die Herausforderungen, die mit großen Infrastrukturprojekten verbunden sind.

A39: Eine zentrale Verkehrsachse im Norden

Der Abschnitt der Autobahn 39 erstreckt sich über 106 Kilometer und soll laut Angaben des Bundesverkehrsministeriums 1,69 Milliarden Euro kosten. Bundesverkehrsminister Volker Wissing, Mitglied der FDP, betont die Bedeutung dieser Verkehrsader für die Anbindung der norddeutschen Häfen und die Stärkung der Standortqualität in weniger erschlossenen Gebieten. Der Minister sieht die A39 als essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region und verweist darauf, dass die Planung und Umsetzung des Projekts durch die Autobahn GmbH des Bundes erfolgt.

Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände mobilisieren

Gegner des Projekts, wie die Bürgerinitiative „Keine A 39“ und der Umweltschutzverband BUND, kündigten an, rechtliche Schritte zu prüfen. Sie argumentieren, dass der Bau der Autobahn schädliche Auswirkungen auf die Natur und Landschaft haben werde. Manfred Michel, Vorsitzender des BUND-Kreisverbandes Gifhorn, bezeichnet den Eingriff als unzulässig und setzt sich für den Schutz der natürlichen Lebensräume ein.

Planfeststellungsbeschluss und Herausforderungen für die Umwelt

Der neue Planfeststellungsbeschluss für den Süden des Projekts wurde kürzlich öffentlich ausgelegt. Bürger haben von nun an bis Mitte August die Möglichkeit, die Unterlagen einzusehen und gegebenenfalls Einsprüche zu erheben. Annette Niemann von der Bürgerinitiative bemängelt die unzureichende Lesbarkeit der Dokumente und sieht darin eine bewusste Hürde für eine informierte Bürgerbeteiligung. Zudem wird die öffentliche Debatte darüber angestoßen, ob der Autobahnbau in Zeiten des Klimawandels vertretbar ist.

Wirtschaftlichkeit des Projekts und alternative Verkehrsträger

Es gibt auch Stimmen, die auf die Kosten-Nutzen-Analyse des Projekts hinweisen. Der Verkehrsclub Deutschland fordert eine umfassende Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der A39 und schlägt alternative Verkehrsträger wie den Schienenverkehr zwischen Hannover und Hamburg vor. Diese alternative Herangehensweise wird als umweltfreundlicher und zukunftsfähiger angesehen, da sie weniger umweltschädliche Effekte mit sich bringt.

Fazit: Ein umstrittenes Projekt mit weitreichenden Konsequenzen

Der Streit um den Bau der Autobahn 39 ist zentral für die Diskussion über eine nachhaltige Verkehrspolitik in Deutschland. Die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen der Anwohner, Umweltschützer und Politiker verdeutlichen die Komplexität moderner Infrastrukturprojekte. Ob die A39 tatsächlich gebaut wird, bleibt ungewiss, insbesondere angesichts der rechtlichen Hürden und der anhaltenden Debatten über die Notwendigkeit und die Auswirkungen eines solchen Bauvorhabens im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)